

DIE LINKE.

Neu-Eichenberg

Macht was !

**Für gute Arbeit und Gerechtigkeit
kommunal
&
global**

Unser Wahlprogramm für die Kommunalwahl am
14.03.2021

Inhaltsverzeichnis

1. Umwelt und Klima schützen.....	3
1.1. Boden, Wasser und Wald.....	3
1.2. Klimagerechte Kommune, sozial gemacht.....	4
1.3. Sozialökologische ortsnahe Energiepolitik.....	4
1.4. Eine echte Verkehrswende.....	5
2. Ländliche Räume und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken.....	7
2.1 Gute Arbeit schaffen.....	7
3. Mehr direkte Demokratie wagen.....	9
3.1 Engagement mit Beteiligung verbinden.....	9
3.2 Bürger*innenhaushalt.....	9
3.3 Aktivierende Befragungen.....	9
3.4 Zusammenarbeit.....	9
3.5 Kinder- und Jugendforum.....	10
3.6 Jugendrat.....	10
3.7 Regelmäßige Versammlungen.....	10
3.8 Öffentliche Sitzungen immer öffentlich.....	10
4. Gegen Rassismus und Faschismus.....	11
4.1 Kommunen für den Frieden.....	11
5. Mehr Gerechtigkeit leben.....	12
5.1. Soziale Gerechtigkeit vor Ort.....	12
5.2. Gleichstellung aller Lebensweisen und Identitäten.....	13
5.3. Geschlechtergerechtigkeit und -gleichstellung durchsetzen.....	13
5.4. Kultur für alle.....	14
5.5. Soziale Wohnungspolitik – für bezahlbare Mieten.....	14
6. Reichtum besteuern und kommunale Aufgaben finanzieren.....	15
Mitmachen!!.....	16

1. Umwelt und Klima schützen.

1.1. Boden, Wasser und Wald

Boden und Fläche sind wertvolle und endliche Güter. Um diese Güter auch für zukünftige Generationen zu erhalten, fordert DIE LINKE. Neu-Eichenberg eine Netto-Null-Versiegelung in der Gemeinde Neu-Eichenberg. Für jede Neuversiegelung wäre dann sowohl Entsiegelung in gleichem Umfang als auch funktionaler Ausgleich zu schaffen. Die Gemeinde soll sich zudem dafür einsetzen, dass nicht mehr genutzte Flächen entsiegelt werden.

Es ist rechtlich vorgeschrieben, dass Bebauungspläne „eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten“ sollen. Sie sollen außerdem dazu beitragen, „eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln[...]“ (§ 1 Absatz 5 Baugesetzbuch)

Diese Anforderungen können mit einer Netto-Null-Versiegelungs-Politik umgesetzt werden.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg unterstützt die Umsetzung des Handels mit Flächenzertifikaten. Durch einen kommunalen Handel mit Flächenzertifikaten könnten dem Flächenverbrauch konkret definierte Grenzen gesetzt werden, um im Jahr 2030 entsprechend dem Ziel der Bundesregierung weniger als 30 ha Flächenverbrauch pro Tag zu erreichen. Das sind die Ergebnisse des Modellversuches zum Flächenzertifikate-Handel, in dem 87 Kommunen aus ganz Deutschland realitätsnah und anhand konkreter kommunaler Planungen einen Handel mit Flächenzertifikaten ausprobierten. Die Kommunen konnten die Vorgaben flexibel vor Ort umsetzen und auf ihre planerischen Belange abstellen. Auch gab es keine Probleme beim Handel von Zertifikaten untereinander.¹

Durch den Klimawandel und durch von Menschen verursachte Einflüsse sind Grund- und Oberflächen**wasser** starken Belastungen ausgesetzt. Die Versiegelung von Flächen vermindert die natürliche Grundwasserneubildung, Schad- und Nährstoffeinträge wirken sich negativ auf die Grund- und Oberflächenwasserqualität aus. Ein nachhaltiger Umgang mit Wasser erfordert auch einen bewussten Umgang mit Niederschlagswasser. DIE LINKE. Neu-Eichenberg fordert als wichtigste umweltpolitische Maßnahmen, die Entsiegelung von Flächen und eine ortsnahe Bewirtschaftung von Regenwasser in bebauten Gebieten. Außerdem soll die Gemeinde per Satzung regeln, dass im Gemeindegebiet oder in Teilen davon Anlagen zum Sammeln und Verwenden von Niederschlagswasser und Recyclinganlagen für Grauwasser vorgeschrieben werden.

1 <https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/flaechensparen-boeden-landschaften-erhalten/handel-flaechenzertifikaten/start-planspiel-flaechenhandel/>

Waldbestände in kommunaler Hand sowie Landeswald betrachtet DIE LINKE. Neu-Eichenberg als Kohlenstoffspeicher und fordert eine gemeinschaftliche pflegerische Bewirtschaftung. Ebenso sollen auf kommunalen Pachtäckern ökologische Formen der Bodenbewirtschaftung festgeschrieben werden. In diesem Sinne müssen Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen und auf den Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat und anderen chemischen Keulen in Garten, Grünanlagen und auf anderen kommunalen Flächen verzichten. Dies gilt auch für verpachtete Flächen.

1.2. Klimagerechte Kommune, sozial gemacht

DIE LINKE. Neu-Eichenberg fordert das Ausrufen des Klimanotstands in der Gemeinde Neu-Eichenberg. Damit würde die Gemeinde den dringenden politischen und praktischen Handlungsbedarf anerkennen, der aus zunehmenden Risiken durch den Klimawandel resultiert. Bei jeder Maßnahme der öffentlichen Hand sollten die Auswirkungen auf das Klima untersucht und entsprechend berücksichtigt werden. Klimaschutz erfordert, ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen und die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende umzusetzen. Durch die Verwendung des Begriffs „Notstand“ wird diesen Maßnahmen höchste, nicht aufschiebbare Priorität zugeschrieben. Nur so kann der Klimawandel, eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen von heute, gestoppt werden. Eins ist klar: Ökologische Nachhaltigkeit wird innerhalb des wachstumsgetriebenen Kapitalismus nicht realisierbar sein.

Klimapolitik muss sozial gerecht sein, denn Ökologie und Soziales sind zwei Seiten derselben Medaille. Die ökologische Transformation muss Hand in Hand mit der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit gehen, den Menschen Existenzängste nehmen und echte gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft wird mit tiefgreifenden strukturellen Veränderungen verbunden sein. Er beinhaltet einen mehrfachen Umverteilungsprozess: von oben nach unten, von fossil zu erneuerbar, vom globalen Norden in den globalen Süden, von Staat zu Bürger*innenschaft und von privat zu öffentlich. Uns ist klar, dass die aufgeführten Veränderungen mit einem massiven Umbau des Arbeitsmarktes einhergehen. Das schürt Ängste und führt zu Verunsicherung der Beschäftigten. Sozial-ökologischer Umbau bedeutet auch, die Belange der Beschäftigten eine zentrale Rolle spielen zu lassen. Nur gemeinsam können wir das Klima retten.

Grundsätzlich unterstützt DIE LINKE. Neu-Eichenberg den Widerstand der Menschen vor Ort gegen Projekte, die das Klima, die Umwelt und die Gesundheit von Menschen belasten.

1.3. Sozialökologische ortsnahe Energiepolitik

Die Energieversorgung ist wie die Wasserversorgung und Abfallentsorgung eine öffentliche Aufgabe und muss auch eine solche bleiben. Die Ver- und Entsorgung müssen durch kommunale Eigenbetriebe erfolgen. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen, nicht Profitwünschen privater Kapitaleigner. Ziel ist es, Investitionen in erneuerbare Energie zu erhöhen und dezentrale Erzeugungs- und Versorgungsstrukturen in den Kommunen zu fördern. Die Energiewirtschaft wollen wir demokratisieren und unterstützen deshalb insbesondere genossenschaftlich organisierte, lokale Energieversorger. Die Energieversorgung hat neben den ökologischen Aspekten auch eine soziale Komponente: Wir setzen uns für eine Sozialstaffelung der Energiekosten ein und lehnen Stromsperrern für zahlungsunfähige Haushalte ab.

Energieeinsparungen und der Umstieg auf erneuerbare Energien müssen Hand in Hand gehen. Kommunen müssen jeden Ansatz ressourcenschonenden Verhaltens, Energiesparens und Abfallvermeidung, z.B. durch kommunale Programme für klimafreundliche Elektrogeräte für mittellose Haushalte oder Repair-Cafés unterstützen. Die Wende zu einer strikten Energieeinsparung ist unumgänglich, da das heutige Niveau des Energieverbrauchs nicht durch erneuerbare Energiequellen ersetzt werden kann und soll. Bei der Energieeinsparung sollen die Städte und Gemeinden in ihrem eigenen Verantwortungsbereich mit gutem Beispiel vorangehen.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg unterstützt alle gemeinwirtschaftlichen regionalen und kommunalen Projekte zur ortsnahen regenerativen Energieerzeugung unter Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen Bestimmungen.

Für Neu-Eichenberg wäre zu prüfen, ob die Initiierung eines Bürger*innen-Energieprojektes nach dem Vorbild des Bioenergiedorfs Oberrosphe² zu realisieren ist.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg setzt sich für eine Teilnahme am Programm ‚Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen‘ ein. Damit würde sich die Gemeinde dazu verpflichten, auf der Grundlage einer CO₂-Bilanz, Aktionspläne mit Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu erstellen und diese zu verwirklichen und könnte einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und zum Schutze des Klimas leisten.

1.4. Eine echte Verkehrswende

Es ist Zeit für einen notwendigen Wandel der Mobilität hin zum öffentlichen Verkehr sowie der Förderung von Fuß- und Radverkehr. Es müssen sichere Räume für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen geschaffen werden. Für mehr Lebensqualität ist eine gerechte sozial-ökologische Mobilitätswende und Mobilitätsgarantie für alle Menschen unerlässlich. Um aus dem Autoindividualverkehr auszusteigen, ist ein attraktives Nahverkehrsangebot unabdingbar.

Daher fordert DIE LINKE. Neu-Eichenberg den schnellen und umfassenden Ausbau des ÖPNV: mehr Fahrzeuge, mehr Strecken, höhere Taktung, vollständige Barrierefreiheit und mehr Personal – sowie den Null-Tarif. Gleichzeitig müssen Aus- und Neubau von Fuß- und Radwegen vorangetrieben werden.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg setzt sich zum Schutz der Menschen vor Ort für Tempo 30 innerhalb der Ortschaften der Gemeinde und für verkehrsberuhigende Schikanen in den Ortszufahrten ein.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg setzt sich dafür ein, die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken zu prüfen und die Zukunft des Bahnhofsgebäudes in Eichenberg-Bahnhof wieder (mit)bestimmen zu können. Das Bahnhofsgebäude in Neu-Eichenberg steht seit Jahren leer, während die direkte Umgebung vorrangig als Abstellplatz für Schrott dient. Dabei hat dieses historische Gebäude ein enormes Potential für unsere Gemeinde. DIE LINKE. Neu-Eichenberg sieht in dem Bahnhofsgebäude Potentiale für mehrere Aspekte: Erstens können im Erdgeschoss sanitäre Anlagen

2 <http://www.bioenergiedorf-oberrosphe.de/>

sowie eine Wartehalle eingerichtet werden. Der Rest des Gebäudes eignet sich perfekt für die Vermietung von Büros oder Praxisräumen. Durch die gute Taktung der Verbindungen nach Kassel und Göttingen können wir in Neu-Eichenberg gut erreichbare Arbeitsplätze schaffen, indem Bestehendes saniert und innovativ genutzt wird. Hierbei sind Nutzungsinteressen durch die Bevölkerung der Gemeinde in Erfahrung zu bringen.

Um dieses Potential voll ausschöpfen zu können, fordert DIE LINKE. Neu-Eichenberg, dass die Gemeinde zunächst die Verwaltungshoheit über das Bahnhofsgebäude sowie dessen direkte Umgebung zurückerhält und ein umfassender Plan für Sanierung und Nutzung erstellt wird.

Ein positiver Nebeneffekt der Sanierung des Gebäudes wäre die mögliche Attraktivitätssteigerung für die Nutzung des ÖPNV.

2. Ländliche Räume und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken.

Während die Bevölkerung in den Ballungsgebieten immer weiter wächst, entwickelt sich die Situation auf dem Land in andere Richtungen: Kleinere Schulen schließen, Ämter und Behörden werden zentralisiert, die Gesundheitsversorgung wird abgebaut, Arbeits- und Ausbildungsplätze in mittelständischen Unternehmen gehen verloren. Hinzu kommt die Ausdünnung des ÖPNV, die es mobilitätseingeschränkten (jungen und älteren) Menschen erschwert und oftmals unerschwinglich macht, verschiedene Orte des öffentlichen Lebens zu erreichen. Dies hat zur Folge, dass junge Menschen oftmals vom Land in die urbanen Gegenden ziehen.

Alle Menschen sollten überall Arbeit und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und kulturellen Angeboten haben, egal wo sie leben. Dafür sind mehr Angebote in den ländlichen Gemeinden und eine bessere Anbindung insbesondere über einen ausgebauten und kostengünstigen ÖPNV nötig.

Die Steigerung der Attraktivität des Landlebens stützt sich auf viele kleinere und größere Zielvorhaben. Wir kämpfen nicht nur darum, die Strukturen, die noch vorhanden sind, zu erhalten, sondern auch darum, neue Strukturen zu schaffen.

2.1 Gute Arbeit schaffen

Allein von der Attraktivität des Landlebens kann jedoch keine Bürger*in leben. DIE LINKE. Neu-Eichenberg unterstützt daher die Schaffung und den Erhalt von guter Arbeit³ in der Region. Die Schaffung von Arbeitsplätzen muss sich aber an den tatsächlichen Bedarfen, und den zu erwartenden Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt orientieren. Auch kann sie nicht durch Flächenversiegelung auf Kosten kommender Generationen erfolgen! Hierauf sind die Bemühungen der Wirtschaftsförderung im Landkreis auszurichten. Die Klimakrise als auch die Digitalisierung sind große Herausforderungen, die dabei bedacht werden müssen. Das Vorhaben von SPD und CDU, in Neu-Eichenberg Arbeitsplätze in der Logistik zu schaffen, ist unter diesen Gesichtspunkten absolut fehlgeleitet. Arbeit in der Logistik ist prekär, da die Einkommen kaum zum Leben reichen – Dank der Agenda 2010 der SPD. Und sie bietet keinen Planungshorizont: Automatisierungsprozesse bedrohen bekanntermaßen mittelfristig Arbeitsplätze.

Auch wenn die Befürworter der Logistik es uns so weismachen wollen: Arbeit in der Logistik ist kein hinreichender Ersatz für die Kolleg*innen im Bereich der Automobilzulieferer im Werra-Meißner Kreis, die aufgrund der Transformation der Automobilindustrie als erstes unter die Räder geraten. Arbeit in der Logistikbranche bietet ihnen weder sichere noch ihren Qualifikationen entsprechend adäquate Arbeitsplätze noch ihr bisheriges Einkommen.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg setzt sich daher dafür ein, dass gute Arbeit geschaffen wird und keine prekäre, unsichere Arbeit. Darüber hinaus setzt sie sich dafür ein, dass sich Arbeiter*innen in prekärer und unsicherer Arbeit organisieren und ihre Rechte einfordern können.

3 Gute Arbeit ist Arbeit, deren Arbeitsbedingungen entwicklungsförderlich und belastungsarm sind, mit Einkommen, die als angemessen und leistungsgerecht empfunden werden (gemäß dem Deutschen Gewerkschaftsbund; Quelle: <https://index-gute-arbeit.dgb.de/dgb-index-gute-arbeit/was-ist-der-index>)

Die agrarpolitische Strategie der Weltmarktorientierung muss zugunsten einer regional orientierten Landwirtschaft geändert werden. Regionale Erzeugung und Vermarktung schaffen eine regionale Wertschöpfung und sichern damit Arbeit und Einkommen. Kleinbäuerliche und genossenschaftliche Strukturen mit regionaler Vermarktung müssen unterstützt werden. Direktvermarktung ist die Lösung, um dem globalen Lebensmittelmarkt die Stirn zu bieten.

3. Mehr direkte Demokratie wagen.

3.1 Engagement mit Beteiligung verbinden

DIE LINKE. Neu-Eichenberg setzt sich dafür ein, dass Bürger*innen der Gemeinde in allen Phasen an Entscheidungsprozessen teilhaben können und ihnen alle dazu notwendigen Informationen zur Verfügung stehen. Die Gemeindevertretung und der Gemeindevorstand sollen dazu verpflichtet werden, dem Votum der Einwohner*innen zu folgen. So sollen diese auch per Entscheid, z.B. über die Abschaffung der Straßenbeiträge, selbst entscheiden können.

Einschränkungen von Mitbestimmungsrechten der Kommunalparlamente in Krisenzeiten sind inakzeptabel. Einen Ausschluss der Öffentlichkeit sowie die Einschränkung kommunalpolitischer Beratungen, lehnt DIE LINKE. Neu-Eichenberg ab! Für mehr direkte Demokratie in der Gemeinde fordert DIE LINKE. Neu-Eichenberg:

3.2 Bürger*innenhaushalt

Die Einführung eines Bürger*innenhaushaltes. Der Bürger*innenhaushalt versucht, dem Misstand der fehlenden Vermittlung von Haushaltsentscheidungen an die Bürger*innen zu begegnen, indem die Betroffenen eingeladen werden, sich von Beginn an an Haushaltsentscheidungen zu beteiligen. Bürger*innenhaushalte können Rückhalt für Haushaltskonsolidierungen in der Bevölkerung bewirken und zu Entscheidungen führen, die den Prioritäten der betroffenen Bürger*innen entsprechen. Zudem kann diese Form der Beteiligung Vertrauen zwischen den Gremien der Gemeinde und den Bürger*innen (wieder)herstellen.

3.3 Aktivierende Befragungen

Bürger*innen sollen durch aktivierende Befragungen zur Beteiligung motiviert und mobilisiert werden. Häufig stehen Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung vor der Herausforderung, überhaupt Kenntnisse über die Meinungen der betroffenen Bürger*innen zu erlangen, bzw. diese zu einer Beteiligung zu motivieren.

Die aktivierende Befragung hat zum Ziel, völlig offen in das Gespräch mit betroffenen Bürger*innen zu gehen, und zu erfahren, welche Meinungen und Haltungen herrschen, und welche Veränderungen sich die Betroffenen wünschen. Die dahinterstehende Grundidee ist, dass Bürger*innen sich am ehesten engagieren, wenn es in ihrem eigenen Interesse liegt und sie von dessen Notwendigkeit überzeugt sind. Im Anschluss an das aktivierende Gespräch muss den Betroffenen die Möglichkeit gegeben werden, sich mit anderen Betroffenen zu treffen, auszutauschen und Handlungsschritte zu entwickeln.

3.4 Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit der Gemeindevertretung sowie des Gemeindevorstandes mit der Bürgerinitiative für ein lebenswertes Neu-Eichenberg, Klima- und Umweltbewegungen (z.B. Fridays for Future Hebenshausen) und anderen ehrenamtlichen Bewegungen, Vereinen und Aktionsgruppen vor Ort.

3.5 Kinder- und Jugendforum

Die Einrichtung eines Kinder- und Jugendforums, um die politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Hier können sie sich einbringen, Interessen formulieren und so einen anerkannten Beitrag für die Gesellschaft leisten.

3.6 Jugendrat

Die Wahl eines Jugendrates, der ein Anhörungs- und Antragsrecht in der Gemeindevertretung hat. Kinder und Jugendliche müssen in die Gemeindepolitik einbezogen werden. Sie sind die Leidtragenden und/oder Nutznießenden der jetzt gefällten langfristigen Entscheidungen und haben deshalb ein Recht, die politische Richtung mitzubestimmen. Politikverdrossenheit kann so vorgebeugt werden.

3.7 Regelmäßige Versammlungen

Regelmäßige Bürger*innenversammlungen mit den gewählten Gemeindevertreter*innen zu bestimmten aktuellen Themen, in denen ausführlich Fragen gestellt und Ideen eingebracht werden können. Hier darf unter der Einhaltung des höflichen Umganges miteinander durchaus gestritten und diskutiert werden.

3.8 Öffentliche Sitzungen immer öffentlich

Öffentliche Sitzungen sind immer und jederzeit öffentlich zu machen. Das heißt, z.B. in Zeiten einer Pandemie müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass jede/jeder Interessierte, die Sitzungen verfolgen kann. Auch mobilitätseingeschränkte Menschen haben das Recht, öffentliche Sitzungen zu verfolgen.

4. Gegen Rassismus und Faschismus.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg setzt sich für eine offene, bunte und vielfältige Gemeinde ein. Antisemitismus, Antiziganismus und alle anderen Formen von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller und haben hier keinen Platz. DIE LINKE. Neu-Eichenberg wendet sich gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten und Menschen auf der Flucht vor Krieg und Elend zu Sündenböcken für eine verfehlte Politik machen wollen. Einer Diskriminierung dieser Menschen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und durch Behörden treten wir entschieden entgegen. Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf eine freie Religionsausübung im Rahmen der allgemeinen Gesetze und bekämpfen deshalb die Hetze und die Aktionen rassistischer und faschistischer Organisationen gegen Gotteshäuser. Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir – auch in lokalen überparteilichen Bündnissen - den öffentlichen Raum gegen ihre Hetze. Wir setzen auf antifaschistische Aufklärungsarbeit. Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen orientiert sind, müssen kommunal gefördert werden. Wir setzen uns, angesichts zunehmender Versuche von Geschichtsklitterung, Leugnung des Holocaust und der Verbrechen der Nazis, für eine antifaschistische und aufklärerische Erinnerungsarbeit vor Ort ein.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg lehnt ganz klar die Extremismus-Theorie ab, die Antifaschist*innen und Linke unter dem Kampfbegriff „Linksextremismus“ auf eine Stufe mit Nazis und Rassist*innen stellt und somit antifaschistisches Engagement kriminalisiert. Um die Teilhabe für die Menschen in der Gemeinschaftsunterkunft Eichenberg-Dorf zu erleichtern, setzt sich DIE LINKE. Neu-Eichenberg dafür ein, ihre Probleme, Bedürfnisse, Wünsche und Erwartungen zu eruieren, um ihnen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben so leicht wie möglich zu machen.

4.1 Kommunen für den Frieden

DIE LINKE. Neu-Eichenberg ist Teil der Friedensbewegung. Wir stehen gegen Aufrüstung und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir wenden uns gegen jede Militarisierung des Lebens in der Gemeinde. Die Werbung für die Bundeswehr und Auslandseinsätze hat in Schulen, Universitäten, Arbeitsagenturen, Jobcentern und bei Hessentagen nichts zu suchen. Eine Beteiligung an der Kampagne „Gelbe Schleifen“ für die Bundeswehr lehnen wir ab. Rüstungsfirmen wollen wir mithilfe von Konversionsprogrammen in zivile Produktionsstätten umwandeln. Grundsätzlich setzen wir uns für eine solidarische Kooperation der Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen Entwicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventive Friedenspolitik ein.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg setzt sich für eine Mitgliedschaft der Gemeinde im Netzwerk „Bürgermeister*innen für den Frieden“ (Mayors for Peace) ein. Dieser internationale Zusammenschluss wirkt, ausgehend vom Bürgermeister der Stadt Hiroshima, die vor 75 Jahren am 6. August 1945 das erste Opfer eines vernichtenden Atombombenabwurfs wurde, auf ein Ende der atomaren Drohung und die Vernichtung aller Atomwaffen hin. Außerdem unterstützen wir einen Anschluss der Gemeinde an den ICAN-Städteappell, der von der Bundesregierung fordert, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten.

5. Mehr Gerechtigkeit leben.

5.1. Soziale Gerechtigkeit vor Ort

Die soziale Spaltung in Arm und Reich sowie soziale Ungerechtigkeiten, die auf einer verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik beruhen, können nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden. Die steigende Nachfrage nach Essen von den Tafeln sowie an Kleiderkammern zeigen die Ausmaße von Armut in den Kommunen. Aber es gibt Möglichkeiten, die Situation der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Deshalb fordert DIE LINKE vollständige gebührenfreie Kitas und Ganztagschul-ausbau mit gesundem und kostenfreiem Mittagessen sowie die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (z. B. Bädern und Museen bis hin zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel) gewährt.

Inklusion muss an Schulen selbstverständlich sein. Angebote wie Schulsozialarbeit, Schulbegleitung und schulpyschologische Unterstützung müssen ausgebaut werden. Ebenso muss lebenslanges Lernen für alle Bürger*innen unabhängig vom Einkommen möglich sein, elementare Kursangebote (z.B. Sprach- und Integrationskurse, Geburtsvorbereitungs- oder Elternseminare) müssen kostenfrei besucht werden können.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg fordert eine bedarfsorientierte Mindestsicherung anstelle von Hartz IV und setzt sich für die volle Übernahme der Kosten der Unterkunft für bedürftige Menschen ein. Alle Menschen sollen in Würde leben können. Dazu gehört ein respektvoller Umgang mit Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Strom- und Gasabschaltungen müssen unterbunden werden, kein Mensch darf in seiner Wohnung frieren, im Dunkeln sitzen oder nicht kochen können, weil er eine Rechnung nicht bezahlen kann.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg setzt sich für mehr tariflich bezahlte Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie eine aktive Beschäftigungspolitik ein. Die öffentliche Hand muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die heimische Wirtschaft stärken. Außerdem muss sie die Verantwortung übernehmen, dass Unternehmen berücksichtigt werden, die tarifliche Vereinbarungen anwenden, berufliche Ausbildung anbieten, umweltschonende Standards einhalten, Menschen mit Beeinträchtigungen über die vorgeschriebene Quote beschäftigen und für die die Gleichstellung von Frauen selbstverständlich sind.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg setzt sich für wohnortnahe medizinische Versorgung ein. Öffentlich-kommunale Krankenhäuser müssen ausreichend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden und mit ausreichend Personal ausgestattet sein. DIE LINKE. Neu-Eichenberg lehnt Schließungen und Privatisierungen von Kliniken ab und fordert den Ausbau von öffentlichen und gemeinnützigen medizinischen Versorgungs- und Gesundheitszentren sowie bessere Rahmenbedingungen und Unterstützung für Landärzte.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg steht für eine stärkere Förderung und Unterstützung von öffentlichen, kirchlichen und gemeinnützigen Einrichtungen der wohnortnahen ambulanten Altenpflege. Über 80 % der alten und behinderten Bürger*innen könnten dadurch in ihrem vertrauten Umfeld bleiben. Unabdingbar ist eine stärkere organisatorische und finanzielle Unterstützung für die Gewinnung

von qualifiziertem Pflegepersonal und bei der Durchführung von Gemeinschaftsprojekten, wie Demenzbegleitung, Veranstaltungen und Vorträgen. Außerdem muss die familiär organisierte Pflege entlastet und durch Tages- und Kurzzeitpflege sowie pflegeentlastende Dienste unterstützt werden.

5.2. Gleichstellung aller Lebensweisen und Identitäten

DIE LINKE. Neu-Eichenberg erklärt sich solidarisch mit LSBTIQA*-Menschen⁴ und ihrem Wunsch nach einem selbstbestimmten und diskriminierungsfreien Leben. Gleichstellung aller Geschlechter beginnt bei einem Formular oder dem Webauftritt, daher fordern wir von der Kommunalverwaltung, bei der Neuerstellung von Angeboten zu berücksichtigen, dass sich nicht alle Menschen als männlich oder weiblich identifizieren. Wir fordern verpflichtende, fachgerechte Schulungen für Mitarbeiter*innen aller Einrichtungen und Behörden der Gemeinde, um einen sensibilisierten und respektvollen Umgang gewährleisten zu können. Dieser sollte ebenfalls in Bezug auf queere Schüler*innen thematisiert und umgesetzt werden.

In allen öffentlichen Einrichtungen der Kommune, und somit auch allen Schulen, sollen (zusätzlich) geschlechtsneutrale Toiletten zur Verfügung gestellt werden. Die in der Gesellschaft vorherrschende, auf Klischees reduzierte und oft diskriminierende Wahrnehmung von queeren⁵ Menschen möchten wir überwinden. Hierfür ist Bildung ein essenzieller Punkt. Ohne Bildung kann keine gesellschaftliche Veränderung herbeigeführt werden. Wir streben sowohl eine politische Thematisierung der Diskriminierung als auch eine erhöhte mediale und gesellschaftliche Repräsentanz von queeren Menschen an.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg setzt sich dafür ein, dass alle Formen des familiären Zusammenlebens, die nicht dem herkömmlichen Bild der Familie entsprechen, aber sehr wohl Funktionen von Familie wahrnehmen, sozial und rechtlich den etablierten Familienformen gleichgestellt werden.

5.3. Geschlechtergerechtigkeit und -gleichstellung durchsetzen

Noch immer sind Frauen in vielen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik unterrepräsentiert und ihre Leistungen werden sowohl materiell als auch immateriell geringer geschätzt. Altersarmut ist weiblich. Deswegen setzt sich DIE LINKE. Neu-Eichenberg für Mehrgenerationenwohnen und Alten-WGs für wenig Geld in der Gemeinde ein.

In kommunalen Gremien und Vorständen sind Frauen unterrepräsentiert. DIE LINKE. Neu-Eichenberg setzt sich dafür ein, politische Ämter und Mandate in der Gemeinde zur Hälfte mit Frauen zu besetzen. In allen Bereichen müssen Frauen gleichgestellt werden. Die Sorgearbeit wird im Schnitt doppelt so häufig von Frauen wie von Männern getragen, was eine deutliche Mehrfachbelastung mit sich bringt. Es werden kostenfreie Kitaplätze mit guter Betreuung und flexiblen Öffnungszeiten benötigt. Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass die Belastungen durch Homeschooling, Kinderbetreuung und Homeoffice besonders Frauen trifft und

4 LSBTIQA steht für Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Trans-, Intergeschlechtlich, Queer und Asexuell.

5 Queer meint eine Lebens- und Liebensweise, die nicht den gängigen Vorstellungen einer Hetero-Zweierbeziehung, also Frau und Mann, entspricht, sondern davon abweicht: zum Beispiel gleichgeschlechtliche Partner*innenschaften, aber auch Beziehungen zu mehreren Partner*innen oder Beziehungen von Menschen, die sich nicht den Kategorien „Frau“ und „Mann“ zuordnen können oder wollen.

sie in ein traditionelles Rollenbild zurückdrängt. Hier fordern wir ein verlässliches Konzept für die Kinderbetreuung. Da die Veränderung, die wir uns wünschen, auch über die Sprache stattfindet, fordert DIE LINKE. Neu-Eichenberg, dass in allen Veröffentlichungen der Gemeinde die geschlechtergerechte Sprache verwendet wird.

5.4. Kultur für alle

Die freie Entfaltung von Kunst, Kultur und Wissenschaft und der Zugang aller Bevölkerungsschichten zu Kultureinrichtungen sind Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft. Deshalb muss Kultur für alle Menschen erschwinglich und zugänglich sein. Wir treten nicht nur für die Förderung von "etablierter" Kultur, sondern ebenso für die Unterstützung von Subkultur ein. Kultur, Kunst und Kreativität dürfen nicht einer Verwertungslogik zum Opfer fallen.

Kulturelle Bildung muss besonders für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden. Daher fordern wir die Etablierung eines Kultur- und Begegnungsortes, der explizit allen Menschen offensteht und an dem es möglich ist, unbürokratisch eigene Veranstaltungen zu organisieren, wie z.B. Konzerte, Vorträge, Seminare, Repair-Cafés etc. Auch soll dieser Ort eine Möglichkeit der Begegnung für unterschiedliche Generationen schaffen: Erzählcafés, Hausaufgabenbetreuung, Spiele-Nachmittage sollen das Angebot ergänzen. Dadurch entsteht Raum zum Austausch zwischen Menschen, die sich im Alltag seltener begegnen, die unterschiedliche Bedürfnisse haben und darüber in einen wertschätzenden Dialog kommen können.

5.5. Soziale Wohnungspolitik – für bezahlbare Mieten

Wohnen ist ein Menschenrecht. Soziale Wohnungspolitik ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mieter*innen dürfen nicht der Willkür eines unregulierten Wohnungs- und Finanzmarkts überlassen werden. Besonders gefährdete Personengruppen wie wohnungs- und obdachlosen Menschen, Geflüchteten, Saison- und Wanderarbeiter*innen sowie Schutzsuchenden in Frauenhäusern muss schnellstmöglicher Zugang zu ausreichendem und angemessenem Wohnraum verschafft werden, der ihnen das dauerhafte Einhalten von Hygiene- und Gesundheitsstandards erlaubt. Sammelunterkünfte sind aufzulösen. Die sichere Versorgung aller Mieter*innen mit existenzsichernden Versorgungsleistungen wie Strom, Gas, Wasser und Telekommunikation muss sichergestellt werden.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg setzt sich dafür ein dass die Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen in Neu-Eichenberg erhalten bleibt. Um dies zu erreichen ist eine soziale Boden- und Grundstückspolitik der Kommunen dringend erforderlich. Öffentlicher Grund und Boden darf nicht in private Hände verkauft werden. Öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften kann Grund und Boden über das Erbbaurecht überlassen werden. Die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen müssen so geändert werden, dass Kommunen das Vorkaufsrecht besser nutzen können.

DIE LINKE. Neu-Eichenberg fordert eine soziale Bodennutzung und eine Investorenquote. Wir lehnen es ab, öffentliche Grundstücke an den meistbietenden Investor zu verkaufen. Stattdessen müssen sie öffentlichen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften zur Errichtung von Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Die Gemeinde muss wieder eine soziale Bodenbevorratungspolitik betreiben.

6. Reichtum besteuern und kommunale Aufgaben finanzieren.

Ob Schulen, KiTas, sozialer Wohnungsbau oder öffentlicher Nahverkehr: Der Investitionsstau in unseren Städten und Gemeinden war bereits vor der Corona-Krise gigantisch. Grundsätzlich haben die Gemeinden nach dem Grundgesetz und der Hessischen Verfassung das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Unterfinanzierung der Kommunen hat dieses Recht jedoch weitgehend ausgehöhlt. Die Schuldenbremse in Bund und Land wurde mit fatalen Folgen auf die Städte und Gemeinden abgewälzt. Oftmals werden Kommunen in einen ruinösen Wettbewerb um die niedrigsten Sätze bei der Gewerbesteuer getrieben. Das lehnen wir ab.

Geld ist genug da. Bei einem gerechten Steuersystem, bei dem die Reichen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Kasse gebeten würden, könnten die kommunalen Aufgaben, die allen Bürger*innen zugutekommen, problemlos erfüllt werden. In der Krise setzen wir uns dafür ein, dass die Krisenkosten nicht wieder auf breite Teile der Bevölkerung abgewälzt werden. Wir wollen mit einer einmaligen Vermögensabgabe die Reichen zur Kasse bitten. Notwendige Investitionen in soziale Einrichtungen oder in die Bildung scheitern nicht an fehlendem Geld, sondern an dem mangelnden Willen, die Großunternehmen, Reichen und Mächtigen angemessener an der Finanzierung unseres Gemeinwesens zu beteiligen.

Für die Entschuldung der Gemeinde fordert DIE LINKE. Neu-Eichenberg die Fortsetzung der Gespräche mit den zuständigen Stellen in der hessischen Landesregierung. Gleichzeitig muss ein Konzept erstellt werden, wie die Gemeinde eine Teilschuld selbst tragen könnte.

Mitmachen!!

Ob soziale Ungleichheit, Klimawandel, Beschäftigungspolitik, Bildungschancen oder Gesundheitsversorgung: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus. Wir rufen die Menschen auf, sich für ihre Belange einzumischen und für notwendige Veränderungen stark zu machen. Wir ermuntern diejenigen, die nicht länger einfach alles geschehen lassen wollen, aktiv für eine bessere Zukunft einzutreten und mit uns vor Ort gemeinsam und konsequent für soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und Frieden in lebenswerten Städten und Gemeinden zu streiten. Unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft und Lebensweise sind uns alle Menschen willkommen, die sich mit den politischen Zielen und Projekten identifizieren können.

Folgt uns also nicht auf Facebook, Twitter und Co. - Folgt uns auf die Straße!

Hass und Hetze sowie jede andere Form menschenverachtender Äußerungen haben bei uns keinen Platz!